

Blog

Entwicklungsausgaben in Corona-Zeiten

14.05.2021

von



Schulbank

Schlagworte

Corona

Europäische Union

Schul|Bank

BIP

Blog

Die Europäische Union und ihre 27 Mitgliedstaaten haben 2020 zusammen 66,8 Milliarden Euro Entwicklungshilfe geleistet. Das sind 15 Prozent mehr als im Vorjahr, wie die Europäische Kommission mitteilte. Mehr als ein Drittel des Geldes – rund 24,9 Milliarden Euro – kam dabei aus Deutschland. Die EU-Entwicklungshilfe muss jedoch weiter steigen, um wie geplant das UN-Ziel einzuhalten, bis 2030 mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens dafür aufzuwenden. EU-weit lag der Wert im vergangenen Jahr bei 0,5 Prozent. Immerhin sechs europäische Länder (vier davon aus der EU) erreichten das 0,7-Prozent-Ziel oder übertrafen es. Schweden, Luxemburg und Norwegen lagen bei mehr als 1 Prozent, Deutschland, Dänemark und Großbritannien bei knapp über 0,7 Prozent. Im deutschen Wert von 0,73 Prozent sind allerdings die Ausgaben für Flüchtlinge im Inland mit berücksichtigt. Ohne diese Ausgaben liegt die deutsche ODA-Quote bei 0,66 Prozent.

Weltweit haben die Geberländer den Anteil der Entwicklungshilfe am Bruttonationaleinkommen (ODA-Quote) 2020 nur von 0,30 auf 0,32 Prozent erhöhen können. Ein Grund für den Anstieg war dabei, dass die Wirtschaftsleistung in den meisten Geberländern schrumpfte. Alle Geber zusammen genommen haben im vergangenen Jahr insgesamt 161,2 Milliarden Dollar für Entwicklungsleistungen ausgegeben. Das entspricht einem realen Zuwachs um 3,5 Prozent, wie die OECD mitteilte. Ein großer Teil davon floss als Hilfe zur Bekämpfung der Coronapandemie an arme Länder. In absoluten Zahlen ist Deutschland zweitgrößter Geber hinter den Vereinigten Staaten (35,5 Milliarden Dollar).

Mehr Gelder notwendig

Die OECD schätzt, dass 2020 etwa 12 Milliarden Dollar für Covid-19-Maßnahmen für Entwicklungsländer bereitgestellt wurden, zum Teil wurden allerdings Gelder aus anderen Programmen umgewidmet. Die gesamte öffentliche Entwicklungshilfe (ODA) machte den Angaben zufolge indes nur 1 Prozent der Summen aus, die die Industrieländer zur Stützung und Ankurbelung ihrer eigenen Wirtschaft in der Coronapandemie einsetzten.

OECD-Generalsekretär Angel Gurría forderte daher dringend größere Anstrengungen, um die Impfstoffversorgung der Entwicklungsländer voranzubringen, dort Kliniken auszubauen und die Einkommen der wirtschaftlich Schwächsten zu sichern. Die Impfstoff-Initiative Covax für arme Länder leide unter massiver Finanznot. Ziel müsse eine echte globale Erholung sein, forderte Gurría.

Bundesentwicklungsminister Gerd Müller warnt derzeit vor einem dramatischen Einbruch der Hilfe in den nächsten Jahren. Die Finanzplanung sehe einen Rückgang der Entwicklungsmittel um rund ein Viertel vor. Die weltweiten Folgen der Pandemie könne man so aber nicht bewältigen. Um mindestens 20 Prozent der Bevölkerung in ärmeren Ländern zu impfen und mit Therapeutika zu versorgen, fehlten noch immer mehr als 22 Milliarden Dollar. Zudem habe der Virus

Blog

eine dramatische Wirtschafts- und Hungerkrise ausgelöst, betonte der Minister. 130 Millionen Menschen seien zusätzlich in Hunger und Armut zurückgefallen. 300 Millionen Menschen hätten ihren Arbeitsplatz verloren. Es sei zu befürchten, dass viele Länder um Jahre in ihrer Entwicklung zurückgeworfen würden.